

Europa muss mehr für die Beschäftigten in der Automobilindustrie tun

Am 16. und 17. November 2022 kamen rund 120 Delegierte aus der gesamten europäischen Automobilindustrie in Rom zu einer außerordentlichen, erweiterten Sitzung des Branchennetzwerkes Automobil von industriAll Europe zusammen. Die Sitzung wurde gemeinsam mit den italienischen Mitgliedsorganisationen FIM-CISL, FIOM-CGIL und UILM organisiert, um eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der industriellen Revolution in unserer Branche zu entwickeln. In mehreren Diskussionsrunden mit externen Experten, Europaabgeordneten, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären erörterten die Delegierten die Zukunft der europäischen Automobilindustrie angesichts des digitalen und grünen Wandels und der europäischen Beschlüsse, die Produktion von Verbrennungsmotoren bis spätestens 2035 einzustellen. Diese Erklärung fasst die Kernforderungen der europäischen Automobilbeschäftigten zusammen.

1. Ohne industrielle Strategie gibt es keine Zukunft für die Automobilindustrie

Europa kann auf eine lange und stolze Geschichte der Automobilindustrie zurückblicken, aber die Vergangenheit ist keine Garantie für die Zukunft unserer Industriestruktur oder der 2,6 Millionen Beschäftigten bei den Erstausrüstern und Zulieferern sowie der 12,6 Millionen Beschäftigten in allen automobilbezogenen Berufen. Das Ausmaß und das Tempo des Wandels, der im Gange ist, um die EU-Klimaziele zu erreichen, erfordert eine ehrgeizige Industriepolitik auf nationaler und EU-Ebene. Wenn im Jahr 2035 alle in Europa verkauften Neuwagen und kleinen Nutzfahrzeuge emissionsfrei sein müssen, braucht Europa einen Masterplan, der eine ausreichende, saubere und erschwingliche Stromversorgung sowohl für batterieelektrische Fahrzeuge als auch für die Produktion von sauberem Wasserstoff gewährleistet. Auch der Ausbau der Lade- und Betankungsinfrastruktur muss in den kommenden Jahren vorangetrieben werden.

Die Herausforderungen sind groß, aber es gibt auch Chancen, die es zu ergreifen gilt. Industriestrategie sollte nicht bedeuten, den Status quo zu verteidigen. Es gilt vielmehr die Voraussetzungen für die Umwandlung bestehender Anlagen zu schaffen und Produktionsaktivitäten für die nachhaltige und erschwingliche Mobilität, die wir gemeinsam aufbauen müssen, anzuziehen und zu entwickeln. Wir können und müssen in Europa Batterien, Elektrofahrzeuge, sauberen Wasserstoff, Elektrolyseure, Brennstoffzellen und Chips herstellen. Das sind die Segmente, die wir brauchen, wenn wir wollen, dass Europa den Strukturwandel meistert und eine größere Importabhängigkeit vermeidet.

Die Gewerkschaften müssen den Wandel antizipieren, anführen und lenken, anstatt sich ihm zu beugen. Europa muss seine Maßnahmen verstärken, um eine starke Automobilindustrie in Europa zu erhalten und

zu entwickeln. Keiner wartet auf uns. Andere unterstützen massiv die heimische Batterie- und Elektrofahrzeugproduktion in einem globalen technologischen Wettlauf. Angesichts der Zahl der direkten und indirekten Arbeitsplätze, die auf dem Spiel stehen, und der strategischen Bedeutung der Branche für Europa kann die Zukunft der Automobilindustrie nicht allein dem Markt überlassen werden. Ohne eine dringende Industriestrategie wird es keine industrielle Zukunft geben.

2. Ein Rahmen für den gerechten Strukturwandel muss die Transformation lenken

Die Sorgen um die Beschäftigung müssen ernst genommen werden. Zwischen 2020 und Ende 2021 gingen rund 200.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie verloren - der industrielle Wandel ist angesichts von Automatisierung, Globalisierung und Elektrifizierung bereits im Gange. Akut ist die Situation bei den auf Verbrennungsmotoren spezialisierten Zulieferern, bei denen in den kommenden Jahren viele Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Während 30 % der Arbeitsplätze durch die Elektrifizierung bedroht sind, werden bei den auf Verbrennungsmotoren spezialisierten Zulieferern bis zu 42 % der Arbeitsplätze betroffen sein. Während Erstausrüster und Zulieferer massive und schnelle Veränderungen durchlaufen, bleiben für die Beschäftigten viele wichtige Fragen zu den Auswirkungen dieser Veränderungen auf ihre Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen unbeantwortet. Gleichzeitig kämpft die Branche - wie viele andere auch - mit einem Fachkräftemangel und Einstellungsproblemen, während aus Berichten hervorgeht, dass 2,4 Millionen Arbeitnehmer*innen in den Automobilzulieferketten in den kommenden zehn Jahren eine umfassende Umschulung/ Weiterbildung benötigen werden, um die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte zu bewältigen.

Es gibt keine Entschuldigung für das Fehlen von ausgehandelten Plänen, die diese strukturellen Veränderungen vorausschauend planen und die Arbeitnehmer*innen unterstützen. Die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen ist eine Voraussetzung für einen gerechten Strukturwandel. Jeder Standort muss einen Plan für den gerechten Strukturwandel haben. Jede Automobilregion braucht eine Strategie für den gerechten Strukturwandel.

Um dies zu erreichen, fordert industriAll Europe einen europäischen „Rahmen für den gerechten Strukturwandel“ für die Beschäftigten der Automobilindustrie. Wie in unserem Manifest für einen gerechten Strukturwandel (verabschiedet im Mai 2022) dargelegt, muss dieser Rahmen auf 5 Säulen aufgebaut sein:

1. zusätzliche finanzielle Mittel,
2. eine klare Bestandsaufnahme der Beschäftigungsfolgen
3. einen Rechtsrahmen, der den Wandel vorausschauend plant und die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen sicherstellt (zusätzlich zur Durchsetzung der bestehenden Rechte)
4. Rechte zur Sicherung individueller Arbeitsübergänge für die Beschäftigten
5. und viel mehr politische Planung auf nationaler und regionaler Ebene.

Die ersten Schritte zum Erreichen dieses Ziels sind nun in den EU-Rechtsvorschriften zum CO₂-Ausstoß enthalten, die die EU verpflichten, den sozialen Dialog zu fördern, die Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Unterstützung der Umschulung von Arbeitnehmer*innen zu analysieren und einen Vorschlag zur Bereitstellung angemessener finanzieller Unterstützung zu unterbreiten, um festgestellte Finanzierungslücken zu schließen.

Wir müssen den gerechten Strukturwandel für unsere Mitglieder von der Rhetorik zur Realität machen. Dazu müssen die Regierungen und Unternehmen jetzt handeln. Der Übergang zu einem umweltfreundlichen Straßenverkehr muss sozial gerecht sein und darf nicht zu einer zunehmenden Mobilitätsarmut führen. Angesichts der immer größer werdenden Kluft zwischen dem verfügbaren

Einkommen vieler Haushalte und den steigenden Preisen für Autos und Kraftstoffe scheint individuelle Mobilität mehr und mehr ein Privileg der Wohlhabenden zu sein. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für soziale Integration. Wir werden die Überprüfung im Jahr 2026 für einen Realitätscheck nutzen: Ist die EU-Strategie zur Dekarbonisierung der Automobilindustrie ein industrieller Erfolg, der den Arbeitnehmer*innen und der gesamten Gesellschaft zugutekommt?

3. Die Qualität der Arbeitsplätze, die Arbeitnehmerbeteiligung und die Macht der Gewerkschaften müssen im Mittelpunkt des Wandels stehen

Der aktuelle Wandel ist nicht nur ein technologischer Wandel, da er große Veränderungen für den sozialen Charakter unserer Industrie mit sich bringt. Struktureller Wandel hat immer Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsorganisation und den Arbeits- und Gesundheitsschutz - wie er gehandhabt wird, entscheidet darüber, ob dies positiv oder negativ ist. Vorstandsvorsitzende großer Unternehmen könnten ankündigen, dass die Elektrifizierung massive Produktivitätsanstrengungen, zusätzlichen Druck, umfassende Kostensenkungen und aggressive Flexibilität erfordert. Wir lehnen eine solche Agenda ab. Das Gewährleisten von Sozialdialog und Arbeitnehmerbeteiligung in bestehenden und neuen Segmenten der Branche ist von größter Bedeutung, um den vor uns liegenden Wandel zu bewältigen. Wir bedauern, dass viele Unternehmen keine ausgehandelten Pläne haben, um diese Veränderungen zu antizipieren, nicht einmal wenn es um Schulung geht. Wenn Unternehmen in der Presse Stellenstreichungen ankündigen, ohne die Arbeitnehmervertreter*innen vorher zu unterrichten und anzuhören, zerstören sie Vertrauen und verletzen sie Rechte. Dies ist ein inakzeptabler Verstoß gegen die EU-Rechtsvorschriften über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer*innen und untergräbt die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer*innen auf Mitsprache bei Entscheidungen, bei denen es um ihr Schicksal geht.

Dafür sind natürlich in erster Linie die Unternehmen verantwortlich, aber es ist auch Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedstaaten, das bestehende EU-Recht durchzusetzen. Unternehmen, die gegen diese Regeln verstoßen, sollten nicht von öffentlichen Geldern profitieren.